

Es geht um alles

Kann es einen „guten Krieg“ geben? Im Gegensatz zu den Ukrainern können sich das viele Deutsche nach den Verbrechen des 20. Jahrhunderts nicht mehr vorstellen

Von Sonja Zekri

Der Kanzler kommt wieder nicht vor die Lage. Nur Stunden vor der Ukraine-Konferenz in Ramstein am Freitag war noch immer nicht klar, ob Deutschland nun Kampfpanzer an die Ukraine liefern wird, ob es Lieferungen von Leopard-Panzern aus Polen oder Litauen erlaubt oder ob es sich weiter hinter seinen Verbündeten versteckt, die Entscheidung verschleppt und verzögert, bis es gar nicht anders geht. Das ist die Außenwirkung.

Der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba hat die zähe Entscheidungsfindung in Berlin so zusammengefasst: „Erst sagen sie Nein, dann verteidigen sie ihre Entscheidung heftig, um am Ende doch Ja zu sagen. Wir versuchen noch immer zu verstehen, warum sich die deutsche Bundesregierung das selbst antut.“ Ja, warum? Hat Olaf Scholz kein Mitgefühl mit den Menschen in Kiew und Dnipro? Erkennt er nicht den Widerspruch, dass er der Ukraine einerseits wie gerade in Davos wieder eine Unterstützung, „so lange wie notwendig“, verspricht, aber ihr andererseits vorenthält, was sie sich von Deutschland am dringendsten wünscht?

Die Erklärungen für die Zurückhaltung oder Verweigerung oder wie auch immer man das Zögern nennen möchte, füllen Talkshows und Leitartikel und demnächst bestimmt auch Seminararbeiten. Oft geht es um die SPD, um die Ausläufer von Deutschlands imperialer Komplizenschaft mit Russland, um eine spezifisch Scholz'sche Verstocktheit. Wer sich hier und dort außerhalb der politischen oder journalistischen Kreise umhört, gewinnt allerdings den Eindruck, dass Scholz nicht unbedingt jener einsam Getriebene ist, der oft in ihm gesehen wird, dass nicht nur der Kanzler oder die SPD Vorbehalte gegen Waffenlieferungen haben, nicht nur die sehr Linke oder die sehr Rechte. Sondern dass sich fast ein Jahr nach dem russischen Überfall viele Menschen in Deutschland nicht daran gewöhnt haben, dass militärisches Engagement gerade dort gefragt ist, wo die Wehrmacht vor 80 Jahren die schlimmsten Verbrechen begangen hat und beteiligt war an der Ermordung der europäischen Juden. Viele haben Angst vor einer Eskalation, die sich – wie jede Angst – nur schwer wegargumentieren lässt. Sie sind empfänglich für die oft frappierend kenntnisfreien Rufe nach „Verhandlungen“. Schließlich, so heißt es dann oft, sei „alles“ besser als Krieg.



Ein ukrainischer Soldat in einem Schützengraben an der Front zwischen Mykolajiw und Cherson. FOTO: IMAGO/LE PICTORIUM

Dieses „alles“ lohnt einen genaueren Blick, denn die deutsche Auffassung dessen, was dieses „alles“ bedeutet, unterscheidet sich grundlegend von der anderer Länder wie beispielsweise der USA, Großbritannien, Frankreichs und vor allem der Ukraine. Dieses „alles“ enthält das Konzentrat historischer Erfahrung, und für Deutschland fällt die Bilanz mit Blick auf die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts eindeutig aus. Nach zwei Weltkriegen und vorgegangenen kolonialen Feldzügen in Afrika gibt es praktisch keine deutsche Vorstellung mehr von einem Krieg, der besser als dieses „alles“ ist.

In den Kriegen des 20. Jahrhunderts wurden Soldaten zu Kanonenfutter (I. Weltkrieg) oder Vernichtungshelfen (II. Weltkrieg). Die Mobilisierungsparolen für einen „Platz an der Sonne“, die „Verteidigung des Vaterlandes“ oder „Lebensraum im Osten“ mochten die Massen mehr oder weniger wirksam aufpeitschen, aber allen gemeinsam war, dass sie sich später als Propagandalügen von Militaristen, Profiteuren oder Herrenmenschen herausstellten. Keines der Ziele, für die deutsche Sol-

daten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts starben, erwies sich später als moralisch haltbar. Deutschland war in den Kriegen schuldig geworden, war aller Verteidigungsrhetorik der Propagandisten zum Trotz Täter gewesen, nicht Opfer. Das war nicht immer so. Die kollektive Erfahrung von Schuld und Scham war so tief und so prägend und wurde mit zeitlichem Abstand eher noch tiefer und prägender, dass für viele Deutsche ein „guter Krieg“, der es wert sein könnte, gekämpft und gewonnen zu werden, nicht mehr denkbar war.

Dass sich die Erwartungen an die Bundesrepublik geändert haben, dass die Verbündeten mehr Geld, mehr Einsatzfreude, mehr Kampfbereitschaft verlangten, ließ sich lange ignorieren. Mit Erleichterung reagierten viele auf Gerhard Schröders Weigerung, in den Irakkrieg zu ziehen. Militärische Operationen, selbst in schwer umkämpften Ländern wie Afghanistan, wurden schamhaft „Auslandseinsätze“ genannt. Viele Deutsche gaben sich weiterhin der Illusion hin, die Bundeswehr bause vor allem Brunnen, während deutsche Soldatinnen und Soldaten in Kundus töteten und starben. Als könnte man die Gespenster der militaristischen Vergangenheit auf diese Weise bannen. Als trauten die Deutschen sich selbst nicht.

Zu den Feinden einer ukrainischen Emanzipation gehörte lange Zeit auch Polen

Die Erfahrung der Ukraine könnte sich davon nicht fundamentaler unterscheiden. Zu ihren prägenden Zügen gehört das Ringen um die Entfaltung der eigenen Kultur, der eigenen Sprache, einer eigenen Identität, vielfach unterdrückt und bekämpft durch wechselnde Reiche. Zu den Feinden einer ukrainischen Emanzipation gehörte neben Russland übrigens lange Zeit auch Polen, wie der Harvard-Historiker Serhii Plokyh in seiner soeben erschienenen Ukraine-Geschichte „Das Tor Europas“ darlegt.

Wie vielschichtig und oft pragmatisch die Loyalitäten ukrainischer Nationalisten waren, zeigt etwa das Beispiel des Gelehrten Mychajlo Hruschewskys aus Lwiv, der als Verfasser der ersten vollkommen eigenständigen Geschichtserzählung der Ukraine gilt. Als sich 1906 in der ersten russischen Duma auch eine ukrainische Gruppierung bildete, zog Hruschewskij nach Sankt Petersburg, um die Abgeordneten zu beraten. Hruschewskys Ziel, so Plokyh, sei eine autonome und demokratische Ukraine innerhalb eines demokratischen föderalen Russlands gewesen. Mit Sorge beobachtete er eine mögliche Kooperation russischer Liberaler und polnischer Nationalisten in der Westukraine auf Kosten der Entwicklung der ukrainischen Kultur. Der spätere polnische Außenminister Roman Dmowski beispielsweise betrieb die Integration der Ukrainer in die polnische Kultur ganz offen. Mit dem Ausbruch des Weltkriegs und der Wiederherstellung des polnischen Staates nahmen die Spannungen zu und entluden sich immer wieder in gewaltsamen Kämpfen mit vielen Toten.

In Städten wie Kiew hat man ganz reale Kenntnisse des Ausgelöschterdens

Das alles muss man wissen, um zu ermessen, was für ein gewaltiger Schritt nach Jahrhunderten der Rivalität oder Feindschaft die heutige Annäherung der Ukraine und Polens bedeutet. Man muss es außerdem einordnen in die weit grausamere Unterdrückung der ukrainischen Staatlichkeit und Kultur durch Russland, die Sowjetunion und vor allem durch Deutschland.

Wenn der russische Ex-Präsident Dmitrij Medwedew von der Ukraine als „künstlichem Staat“ spricht, wenn Ukrainer, die Ukrainer bleiben möchten, als Faschisten bezeichnet werden, wenn im russischen Fernsehen von der Auslöschung der ukrainischen Kultur, Sprache, Nation, Staatlichkeit zur Rettung der Ukraine fantasiert wird, dann trifft das in Kiew oder Schitomir auf ein Publikum, das auf ganz reale Kenntnisse des Ausgelöschterdens zurückgreifen kann. Alles ist besser als Krieg? Bestimmt nicht. Der russische Angriff nun hat Plokyh zufolge auf die Ukraine einen ähnlichen Effekt wie die Befreiungskriege gegen Napoleon auf die Stärkung des modernen deutschen Nationalismus. Auch die nationalen Fantasien von Franzosen, Polen, Serben, Tschechen seien einst durch „Erinnerungen an Niederlagen und Gebietsverluste“ beflügelt worden. Der Krieg als nationaler Opfergang, aus dessen Trümmern eine demokratische, europäische Nation entstehen wird – das ist die große Erzählung der Ukraine. Das mag Zweckoptimismus sein, aber so betrachtet ist dieser Krieg nicht nur notwendig – die Ukraine hat ihn jetzt schon gewonnen.



Was wusste die Ölindustrie wann über den Klimawandel – und warum hat sie dennoch weitergemacht, als gäbe es kein Problem? Diese Frage könnte bald Gerichten zur Entscheidung vorgelegt werden. FOTO: DAVID BALTZER/GETTY

Denn sie wussten, was sie tun

Eine Studie zeigt: Ölkonzerne wie Exxon Mobil kennen den aktuellen Verlauf der Klimakrise bereits seit den Siebzigern recht genau. Es ist also Zeit, über die juristische Verantwortung zu reden

Vergehen, die von Regierungen begangen wurden und zum Zeitpunkt der Tat legal waren, lassen sich im Nachhinein trotzdem juristisch verfolgen: Diese Idee wurde 1945 geboren, das Ergebnis waren die Nürnberger Prozesse gegen die Organisatoren der Shoah. Im Rahmen der Rassengesetze, die die Nazis selbst erlassen hatten, war der millionenfache Mord formal nicht im engeren Sinne illegal. Die Alliierten aber kamen zu dem Schluss, dass es ein höheres, absolutes, internationales Gesetz gibt, das das nationale im Zweifel übertrumpft. Das Verfahren sei „das größte Zugeständnis, das die Macht der Vernunft jemals eingeräumt hat“, sagte der Chefankläger Robert Jackson zur Eröffnung.

Seitdem wurde die Idee institutionalisiert: An die 40 internationale Gerichtshöfe verschiedensten Zuschnitts verfolgen Vergehen über Landesgrenzen hinaus, der Internationale Strafgerichtshof in Den Haagprozessiert gegen Kriegsverbrecher, die europäischen Boden mitunter nie betreten haben, Milizionäre aus dem Kongo, Warlords aus Uganda.

Ließe sich der Gedanke im 21. Jahrhundert auf den menschengemachten Klimawandel übertragen? Könnten also internationale Gerichte eines Tages rückwirkend über die Rechtmäßigkeit bestimmter Gesetze, Pipelines, Kraftwerke befinden – wie über den Status Kosovos oder die israelische Siedlungspolitik?

Bislang wirkt die Diskussion, wer für den Klimawandel verantwortlich ist, als sei sie geradezu dafür gemacht, die Verantwortung auf alle zu verteilen, die in den vergangenen hundert Jahren auch nur das Haus verlassen haben. „Jeder von uns trägt zum Klimawandel bei und jeder von uns wird von ihm betroffen sein“, schrieb der britische Schriftsteller und Anwalt Philippe Sands noch 2015 in einem Gutachten, in dem es um die Frage ging, ob sich der Inselstaat Palau in Sachen Klimawandel aussichtsreich an den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag wenden könne.

Wie groß ist die Verantwortung der Ingenieure, die die fossile Infrastruktur errichtet haben?

In seinem Essay „Das Ende vom Ende der Welt“ wies der Schriftsteller und Ornithologe Jonathan Franzen jedoch kürzlich darauf hin, dass eine amerikanische Familie, selbst wenn sie wollte, unmöglich so leben könne, dass sie nur ihren global gesehen gerechten Anteil an CO₂ produziert: „Wenn ich den durchschnittlichen Jahresverbrauch ausrechne, der notwendig wäre, um die globale Erwärmung auf zwei Grad in diesem Jahrhundert zu begrenzen“, schreibt Franzen, „erkenne ich, dass schon ein typischer amerikanischer Einfamilienhaushalt ihn binnen zwei Wochen übersteigt.“

Um ihr Pensum einzuhalten, dürfte eine amerikanische Familie weder den Kühlschrank noch den Mülleimer benutzen noch sich in den gigantischen Flächenstädten, in denen es kaum öffentliche Verkehrsmittel gibt, auch nur von der Stelle rühren. Ihre Altersvorsorge ist oft in Aktien angelegt und damit nicht zuletzt abhängig vom Wachstum der Ölkonzerne. Dass der Einzelne einen Einfluss auf das Klima habe, so Franzen, sei blauäugig: „Die Treibhausgasemissionen sind derart gewaltig, die Mechanismen, wie diese Emissionen das Klima beeinflussen, derart nichtlinear und die Auswirkungen in Raum und Zeit derart diffus, dass sich kein konkreter Schadensfall jemals auf meinen Beitrag von 0,0000001 Prozent zu den Emissionen zurückverfolgen ließe.“ Nötig sei deshalb eine systemische Umwälzung, ein Abschied vom Wachstumsparadigma. Um aber zur Verantwortung gezogen werden zu können, muss man zumindest die Möglichkeit gehabt haben, sich anders zu verhalten.

Tragen womöglich die Wissenschaftler und Ingenieure eine besondere Verantwortung, die die fossile Infrastruktur errichtet haben? In der Diskussion um die Verheerung durch die Atombombe kam die Verantwortung der Wissenschaftler oft zur Sprache, die etwa die Kernspaltung entwickelt und im Manhattan Project mitgearbeitet haben. Aber Robert Oppenheimer hat die Zerstörung von Hiroshima und Nagasaki nicht befohlen. Wissenschaftler sind für die Toten, die ihre Entdeckungen nach sich ziehen, weder moralisch noch juristisch verantwortlich.

Während des Syrienkrieges 2015 versuchte die politische Rechte, jede Ordnungswidrigkeit, die ein Flüchtling in Deutschland beging, Angela Merkel persönlich zur Last zu legen. Dieser Logik zufolge wäre Günter Schabowski ebenfalls verantwortlich, weil ohne ihn die Mauer womöglich nicht gefallen und Angela Merkel nie Bundeskanzlerin geworden wäre. Oder der Zürcher Vermieter für die Opfer des Kommunismus, der dem exilierten Lenin 1917 in der Spiegelgasse 14 eine Wohnung zur Verfügung gestellt hat. Irgendwann hört der Radius des unmittelbaren persönlichen Einflusses auf, alles dahinter ist einfach Kontingenz.

2017 versuchte der „Climate Majors Report“, das Feld derjenigen, die für den Klimawandel verantwortlich sind, einengermäßig einzugrenzen: 100 Konzerne, hieß es in dem Bericht, seien verantwortlich für 71 Prozent des weltweiten CO₂-Ausstoßes. Aber auch diese Rechnung war schief, schließlich sind es nicht die Autokonzerne, die die Autos fahren und betanken, sie verkaufen nur – und sorgen so nicht zuletzt für Mobilität und Wirtschaftswachstum, das vielen Menschen überhaupt erst gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht.

Was aber wäre, wenn man tatsächlich einen Verantwortlichen für den Klimawandel ausmachen könnte? Eine Einzelperson

oder eine feste Hierarchie, in der die Verantwortung eindeutig zugeteilt ist und nicht diffus an die ganze Menschheit delegiert werden kann? Eine Organisation, sagen wir, wie ein international agierender Konzern, die an der Spitze aus genau dem Grund so hierarchisch zugeschnitten ist, um die Entscheidungsgewalt an einer Stelle zu bündeln? Ein Konzern wie beispielsweise Exxon Mobil.

Im Jahr 2019 verklagte die französische Küstengemeinde Grande-Synthe die Republik

Einerseits bestünde zumindest der Anfangsverdacht, dass hier ein kollektives Fehlverhalten an einen Sünderbock ausgelagert werden soll. Andererseits verdichten sich tatsächlich die Hinweise, dass die Firma wissenschaftliche Erkenntnisse aus Profitinteresse systematisch vertuscht hat: 2015 haben investigative Journalisten herausgefunden, dass Exxon Mobil spätestens in den Siebzigern über den menschengemachten Klimawandel im Bilde war. Hauseigene Wissenschaftler warnten die Führungsetage schon 1977 vor den „potenziell katastrophalen“ Folgen des menschengemachten Klimawandels. Jetzt hat sich eine Gruppe von Wissenschaftlern die Studien, die der Konzern damals anfertigte, noch einmal genauer angesehen und das Ergebnis im Wissenschaftsmagazin *Science* veröffentlicht.

Nicht ohne Achtung vor den Kollegen stellen sie dabei fest, dass die Exxon-Wissenschaftler die klimatische Entwicklung damals verblüffend genau vorhergesagt haben. Trotzdem hat der Konzern über Jahrzehnte vorsätzlich und wider besseres Wissen Milliarden aufgewendet, um Zweifel an wissenschaftlichen Erkenntnissen zu sähen, die einen Zusammenhang zwischen der Nutzung fossiler Energien und der Erderwärmung herstellten.

Die Wissenschaftler von heute, darunter der deutsche Klimaforscher Stefan Rahmstorf von der Universität Potsdam, zählten allein zwischen 1979 und 1985 insgesamt zehn interne Memoranden und eine Peer-geprüfte Veröffentlichung, die sogar den Zeitpunkt, an dem die globale Erwärmung vor dem Hintergrund natürlicher Klimaschwankungen erkennbar werden würde, korrekt auf das Jahr „2000 plus minus 5 Jahre“ vorhergesagten. Noch 2004 aber erklärte der Konzern öffentlich, dass die Rolle des Menschen beim Klimawandel „wissenschaftlich ungewiss“ sei. Er wusste um die Konsequenzen seines Handelns und hätte die Möglichkeit gehabt, anders zu handeln. Ist das nicht strafrechtlich relevant – oder kann es das werden?

Das Pariser Abkommen schuf im Jahr 2015 zumindest einen regulativen Rahmen, der auch juristisch immer häufiger in Anschlag gebracht wird. 2019 etwa verklag-

te die französische Küstengemeinde Grande-Synthe die Republik vor dem obersten Verwaltungsgericht des Landes, weil die Regierung nicht genug gegen den Klimawandel unternehme und damit gegen das Pariser Abkommen, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, französische Umweltgesetze und internationales Recht verstoße. Das Gericht gab den Klägern recht.

In den Niederlanden begrenzte die Regierung 2021 die Aktivitäten von Kohlekraftwerken auf 35 Prozent ihrer Kapazität, nachdem eine NGO und 900 Bürger geklagt hatten. Und in den USA haben gerade Umweltaktivisten den Staat New York verklagt, weil dieser den Bau einer Anlage für die energieintensive Herstellung von Kryptowährungen genehmigt hat.

Fast noch schneller als die Temperaturen steigen, bildet sich weltweit ein Rechtsrahmen heraus. Im Oktober 2021 verabschiedete der Menschenrechtsrat der UN eine Resolution, in der er das „Recht auf eine gesunde Umwelt“ als Menschenrecht anerkannte. In der EU gingen zuletzt sechs von acht Verfahren, die von den höchsten Gerichten der jeweiligen Mitgliedstaaten nicht an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte weitergeleitet worden waren, zugunsten des Klimaschutzes aus. Wenn die juristische Aufarbeitung der Klimakrise weiter in diesem Tempo voranschreitet, könnte sich das Interesse bald auf das Gebaren der großen Ölkonzerne im zwanzigsten Jahrhundert richten. Damals hätte die Krise noch abgewendet werden können. Ob dasselbe für künftige Klagen gilt: unwahrscheinlich. Felix Stephan

HEUTE

Feuilleton
Italiens Postfaschisten haben ausgerechnet Dante als Vordenker für sich beansprucht 10

Feuilleton
Lehren aus dem Documenta-Skandal: Zwischen Antisemitismus und Kunstfreiheit 11

Wissen
In weiten Teilen der Alpen lag in diesem Winter historisch wenig Schnee 12

Medien
Die einmalig gut besetzte Gangsterserie „Asbest“ von und mit Kida Khodr Ramadan 19

» www.sz.de/kultur